Bezugspreis vierteljährlich: in Münster zweimal täglich frei ins Haus gebracht 1 Mark 50 Pfg., — auswärts von der Post abgeholt 1 Mark 50 Pfg., durch den Briefträger gebracht überall, wo nur einmal im Tage Briefbestellung stattfindet, 1 Mk. 92 Pfg., in Orten mit zwei- und mehrmaliger Bestellung 2 Mk. 22 Pfg.

Drahtadresse: Volkszeitung Münsterwestf.
Fernspr.: Redaktion (Klosterstr. 31/32) Nr. 264 u. 23.
Fernspr.: Geschäftsstelle (Michaelisplatz 9) Nr. 78.

Münsterischer Anzeiger

Zwei Ausgaben täglich. **und Münsterische Volkszeitung.** 32151 Abonnenten.

Anzeigen: Der Raum für die Anzeigenspalte, 39 mm breit, 2,4 mm hoch, 25 Pf.; bei Anzeigen aus dem R.-Bz. Münster 20 Pfg., aus der Stadt Münster 16 Pfg. (für Aktiengesellschaften ꝛc., Vereine und Behörden 25 Pfg.).
Reklamen: Der Raum für die Reklamenspalte, 87 mm breit, 2,4 mm hoch, 1 Mk. — Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr, sowie für Druckfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen vier Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. — Gebühr für Beilagen nach Gewicht.

Erste Ausgabe. Sonntag, 29. September 1912. 61. Jahrgang. Nr. 695.

Deutschland und das Panamakanalgesetz.

⊡ **Berlin**, 28. Sept.

In den an der Schiffahrt interessierten Ländern zeigt sich eine lebhafte Erregung über das Vorgehen der Vereinigten Staaten bezüglich des Panamakanals. Nach dem Panamakanalgesetz sollen den amerikanischen Schiffen die Kanalgebühren zurückvergütet werden, was für die amerikanische Küstenschiffahrt natürlich die größten Vorteile mit sich bringt. Dieses Gesetz widerspricht aber einem Abkommen mit England, dem Hay-Pauncefote-Vertrage, und ruft darum den energischen Protest Englands hervor, das ein lebhaftes Interesse an der gleichen Behandlung hat und auch durch Kanada genötigt wird, die Dinge nicht einfach ihren Lauf nehmen zu lassen. Es sind auch in Deutschland bereits Stimmen laut geworden, daß dem etwas gewalttätigen Vorgehen der Vereinigten Staaten entgegengetreten werden müsse, und es fragt sich, ob dazu ein Anlaß vorliegt. Wir haben keinerlei Vertrag oder Abmachung mit Amerika getroffen, und der oben erwähnte amerikanisch-englische Vertrag geht uns nichts an, wir haben auch keinerlei Küstenschiffahrt in Amerika, so daß wir keinen Nachteil davon haben, wenn die amerikanischen Schiffe da einen Vorteil erhalten; das kann uns ziemlich gleichgültig sein, und wir haben lediglich daran ein Interesse, daß diese Begünstigung nicht auf den Überseeverkehr ausgedehnt wird, daß nicht auch die transozeanischen Linien jetzt oder später ebenfalls begünstigt werden. In England würde man es natürlich gerne sehen, wenn Deutschland sich seinem Proteste anschlösse und die Berücksichtigung des Hay-Pauncefote-Vertrages durchzusetzen versuchte. Daß das nicht ohne eine Beeinträchtigung unserer guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten geschehen kann, liegt auf der Hand. Auf einen weiteren Grund, unsere Hände aus diesem Spiel zu lassen, macht General z. D. von Bernhardi aufmerksam (Post Nr. 455). Er fragt mit Recht, welchen Anlaß wir haben, Englands Geschäfte zu besorgen. Für England liegen die Dinge ganz anders, als für Deutschland. Es handelt sich in erster Linie um eine Frage des politischen Ansehens. Die Union hat einen mit England geschlossenen Vertrag einfach zerrissen, um ohne Rücksicht auf den Mitkontrahenten seinen eigenen ausschließlichen Vorteil wahrzunehmen. Kein Schiedsgericht der Welt könnte das amerikanische Verfahren gut heißen und es ist daher auch anzunehmen, daß die Union eine schiedsgerichtliche Entscheidung der Angelegenheit ablehnen wird. Wenn dies geschieht und die Vereinigten Staaten auch sonst keine Konzessionen machen, dann hat England eine schwere politische und moralische Niederlage erlitten und es ist unvermeidlich, daß auch sein Ansehen in der Welt darunter leiden würde. Denn dann liegt es offen zu Tage, daß das stolze Albion, das gegen vermeintlich Schwächere nicht eben rücksichtsvoll vorzugehen pflegt, gegen die Vereinigten Staaten ernste Zwangsmaßregeln anzuwenden nicht wagt.

Neben dieser Ehren- und Ansehensfrage spielt aber auch, wie schon kurz gesagt, die Rücksicht auf Kanada mit. v. Bernardi macht mit Recht aufmerksam und sagt dazu:

Die Kanadische Pacificbahn ist auch im Besitz einer Handelsflotte, und diese würde nach dem amerikanischen Gesetz von dem Verkehr im Kanal ausgeschlossen sein. Darin sieht Kanada mit Recht eine schwere Bedrohung seiner Interessen, und fordert nun von England, daß es als Mutterland für diese eintritt. In dieser Forderung liegt aber um so mehr ein moralischer Zwang für England, als es Kanada für die Reichsverteidigung heranzuziehen bemüht ist, und als diese nordamerikanische Kolonie soeben erst den vorteilhaften Reziprozitätsvertrag mit Amerika abgelehnt hat, was doch zunächst der britischen Reichseinheit zugute kommt.

So befindet sich England in einer durchaus anderen Lage wie Deutschland. Nicht nur sein Weltansehen steht auf dem Spiel, sondern auch die innere Festigkeit des Reiches scheint in gewissem Sinne bedroht, wenn es die berechtigten Wünsche Kanadas gegen die Union nicht durchzusetzen vermag. Wenn es ihm nicht gelingt, die Interessen seiner großen Kolonien tatkräftig und erfolgreich zu wahren, so fällt für diese der wesentliche Vorteil fort, den ihnen die Zugehörigkeit zum englischen Weltreich bietet, und es ist dann kein nennenswerter Grund mehr vorhanden, dem zu Liebe sie sich veranlaßt sehen könnten, Opfer für das Mutterland zu bringen und bei der Verteidigung eines Reiches mitzuwirken, das ihre Interessen nicht zu schützen vermag.

Diese sind durch diese Verhältnisse in keine gerade angenehme Lage gebracht, deren Schwierigkeit durch die tatsächlich, wenn auch nicht formell bestehende Spannung zwischen Deutschland und Großbritannien noch erheblich verschärft wird. Ein Konflikt mit Amerika mit dem schwer geschädigten und provozierten Deutschland im Rücken könnte eine höchst unerquickliche Situation ergeben. Für uns Deutsche aber erscheint es sicherlich nicht angezeigt, England in seinem Vorgehen gegen Amerika zu unterstützen und ihm zu helfen, die bestehenden Schwierigkeiten auf Kosten unserer eigenen Interessen zu überwinden. Nach beigelegter Krisis würde sich England der geleisteten Dienste gewiß nicht mehr erinnern und seine deutschfeindliche Politik um so mehr wieder aufnehmen, als dann die guten Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten eine starke Erschütterung erlitten haben würden. Zu diesen ein gutes Verhältnis aufrecht zu erhalten, erscheint als die unbedingte Forderung einer nach gesunden Grundsätzen orientierten deutschen Politik, ein Fehler wäre es, sie ohne zwingende Notwendigkeit der ganz unsicheren Aussicht auf einen Ausgleich mit England aufzuopfern.

Flottenverteilung.

Über dieses durch die Verlegung der französischen Flotte aus der Nordsee in das Mittelmeer in den Vordergrund des politischen Interesses gerückte Thema lesen wir in der „Köln. Ztg." folgende interessante Ausführungen des Kontreadmirals z. D. Stiege:

Die Aussicht auf Erfolg in einem etwaigen Kriege gewährt einem Volk eine gewisse Bürgschaft, den Frieden, der seiner Ehre und seinen Interessen entspricht, auch dann noch zu wahren, wenn Verhandlungen fruchtlos zu werden beginnen. Der Erfolg des Sieges wird nur dem Überlegenen zuteil, in der Politik wie in der Strategie, daher die Bestrebungen, überall schon im Frieden auch militärische Überlegenheit nicht nur innerlich zu erlangen, sondern auch nach außen in die Erscheinung treten, sie, so weit es irgend angebracht, den etwaigen Widerpart ahnen und fürchten zu lassen. Eine Diplomatie, deren rechtliche Gründe zu versagen anfangen, hat nur Aussicht, die Ziele ihrer Politik zu erreichen, wenn sie sich auf die zuversichtliche Aussicht auf Erfolg des Kriegsinstrumentes in geeigneter Weise zu stützen versteht. Sich stützen auf das Kriegsinstrument darf dabei nicht gleichbedeutend mit Drohen sein! Diplomatie und Strategie müssen schon im Frieden aufs engste verbunden sein miteinander, sonst sind Katastrophen, wie beispielsweise diejenige Rußlands in Ostasien, fast unvermeidlich. Daß bei einer politischen Lage, wo eine Seemacht wie England die erste Rolle spielt, die Seestrategie einen Hauptfaktor darstellt, bedarf keiner Erläuterung. Überlegenheit im besondern der Seestreitkräfte wird naturgemäß zunächst in der zahlenmäßigen Stärke des Materials herbeizuführen gesucht, demnächst aber, und davon soll hier die Rede sein, in der Erhöhung der Kriegsbereitschaft dieses Materials: Kriegsbereitschaft nicht nur in den einzelnen Teilen, wie sie in der britischen Marine von jeher im höchsten Maße vorhanden war, sondern im ganzen, das heißt: in der Verteilung und Zusammenziehung der Flotten, Geschwader und Flottillen.

Die augenblickliche Verteilung der englischen Seestreitkräfte, die, wie schon einmal im 17. Jahrhundert, als es sich um die Gegnerschaft gegen die Niederlande handelte, den Schwerpunkt der Macht in die Nordsee verlegt hat, ist nur ein durchaus logisch berechtigtes Erzeugnis der gegen Deutschland gerichteten Politik des Inselreiches, keine Preisgabe des Mittelmeeres oder gar Verzicht auf die Seeherrschaft überhaupt, welche überängstliche englische Kundgebungen vorherlesen zu müssen glauben. Mit der „deutschen Gefahr" meint Englands Politik rechnen zu müssen, und es kommt hierbei leider lediglich auf die subjektive Meinung an. Diese deutsche Gefahr erscheint ihr so dringend und unmittelbar bevorstehend, daß sie demgegenüber andere Rücksichten zeitweise in den Hintergrund treten läßt. So sahen wir die englischen Seestreitkräfte seit 1904 sich allmählich vom Ausland zuerst nach dem Kanal und dann seit 1906 in die Nordsee schieben, wo sie nach der in diesem Jahre festgesetzten Organisation an voll aktiven Verbänden von Linienschiffen und Panzerkreuzern die stattliche Macht von rund 500 000 Tonnen Kriegsmaterial aufweisen werden, sachgemäß gegliedert und zum jederzeitigen Vorstoß aufmarschiert; und das alles nur im Hinblick auf die „deutsche Luxusflotte". Englands Strategie urteilt richtig, daß in einem etwaigen Ringen mit dem Deutschen Reich die Nordsee das Hauptkriegstheater, die Erhaltung der Seeherrschaft daselbst von ausschlaggebender Bedeutung sein muß. Um diese werden die ersten, unter Umständen entscheidenden Schläge fallen: man kämpft da, wo man herrschen will. Daß schon nach der wirtschaftlichen Lage des eigenen Landes die englische Strategie den höchsten Wert darauf legen muß, mit einem womöglich sofort einsetzenden Gewaltakt die Festigkeit ihrer Seeherrschaft in der Nordsee zu besiegeln, kann niemand zweifelhaft sein. Die militärischen Folgerungen daraus für beide Teile ergeben sich von selbst und treten in der Dislokation in die Erscheinung.

Auch die neueste französische Flottenverteilung entspricht nur dem von der politischen Lage aufgestellten strategischen Bedürfnis. Die Unterstützung, die eine französische Flotte der englischen gegebenenfalls in Kanal oder Nordsee zu leisten berufen sein könnte, wird augenscheinlich und vielleicht aus den verschiedensten Gründen mit Recht nicht übermäßig hoch angeschlagen. Ob England, indem es seinen Freund jetzt in das Mittelmeer entläßt, sich davon besonders Wichtiges für den Schutz seiner dortigen Interessen verspricht, mag dahingestellt bleiben. Daß aber Frankreich selbst das höchste Interesse hat, sich die Seeherrschaft im Mittelmeer zu erringen und zu erhalten, seinen Handel und Verkehr daselbst, besonders die Verbindung mit seinen nordafrikanischen Besitzungen zu sichern, leuchtet ein. Des angeführten, im übrigen auch zutreffenden Grundes der Notwendigkeit eines taktisch zusammengefaßten, einheitlich geleiteten Flottenverbandes, der sich auch im Norden bilden ließe, bedarf es gar nicht erst. Die bei der französischen Flottenverteilung für Deutschland akut werdende Frage über das Verhältnis der beiden in Mitleidenschaft geratenden Dreibundmächte Italien und Österreich-Ungarn zu dem sich neu festsetzenden etwaigen Gegner findet ihre Beantwortung in der strategisch feststehenden Tatsache, daß auch für sie die endgültige Entscheidung vor Paris oder sonstwo auf dem Festlande fällt. Kriegerische Konflikte zwischen Staaten, die sich zu Lande fassen können, auszufechten, begibt man sich nicht erst auf die See die Seemacht bietet da nur Hilfsmittel, sozusagen eine Spezialwaffe in dem gesamten Kriegsinstrument. Ist also zu Lande die Entscheidung für den Dreibund günstig, so werden mit dem Friedensschlusse auch alle etwaigen maritimen Schädigungen des Dreibundes im Mittelmeer gut gemacht. Übrigens ist zurzeit nur eine gewisse, rein zahlenmäßige Überlegenheit der französischen Flotte über die Seestreitkräfte der beiden Dreibundstaaten festzustellen, und das allein bedingt noch nicht entsprechende Erfolge in dem maritimen Schädigungswerk des Krieges. Einen unglücklichen Ausgang zu Lande würden aber auch maritime Erfolge im Mittelmeer nicht auszugleichen vermögen. Ob mit der gegenwärtigen Flottenverteilung schon der Höhepunkt des „bewaffneten Friedens" in maritimer Beziehung seitens der beteiligten Mächte erreicht ist, läßt sich nicht sagen. Sicher dürfte vorläufig nur sein, daß in absehbarer Zeit auf eine Entspannung der strategischen Lage kaum zu rechnen ist. Sie kann erst einer Milderung der politischen Gegensätze folgen. Immerhin, daraus braucht man noch nicht zu schließen, daß ein Krieg unvermeidlich oder gar unmittelbar bevorstehend sei: das Näheraneinanderrücken der Pulverfässer — der Vergleich möge gestattet sein — wird erst dann gefährlich und kann zur Explosion führen, wenn ein unvorsichtiger Diplomat, wie z. B. im letzten Jahre auf englischer Seite, mit Feuer spielt.

Deutsches Reich.

Aus dem Landtage.

Aus der Wassergesetzkommission. Die Wassergesetzkommission des Abgeordnetenhauses begann Freitag die Beratung mit § 108. Die Bestimmungen, welche Ströme der Unterhaltung im Schiffahrtsinteresse nicht mehr bedürfen, wurden gestrichen, ebenso der Satz, daß bei Haffen und Seen, die zu den Wasserläufen erster Ordnung gehören, die Erhaltung der Vorflut sich auf die Fahrwasser beschränke. Der § 109 a. Unterhaltungspflicht der Gemeinden für die natürlichen Wasserläufe zweiter und dritter Ordnung in Nassau, wurde auf die Provinz Hessen-Nassau ausgedehnt. § 109 b. der in erster Lesung in die Unterhaltungsbestimmungen eingefügt worden war, wurde gestrichen. Einen breiten Raum nahm die Beratung der §§ 110 und 111 ein, die die Unterhaltungspflicht der Eigentümer der Ufergrundstücke und der zur Unterhaltung des Wasserlaufes Verpflichteten regeln. Die beiden Paragraphen erhielten eine Fassung, wonach die Eigentümer der durch die Arbeit zu schützenden Grundstücke zu den Kosten der Arbeiten nach Maßgabe des Vorteils beizutragen haben. Statt Geld können auch Arbeiten beigetragen werden. Beiträge zu Arbeiten, die auch die Schädigungen durch die Schiffahrt ausgleichen oder verhüten, können nicht verlangt werden. Die Ufergrundstücksbesitzer haben bewegliche Schiffahrtshindernisse zu entfernen und oberhalb der Uferlinie einfache, eine besondere Fachkenntnis nicht voraussetzende und nicht mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbundene Einebnungs- und Beratungsarbeiten auszuführen, so weit die Arbeiten erforderlich sind, um Uferabbrüchen vorzubeugen, durch welche die Vorflut im Wasserlaufe beeinträchtigt werden würde. Die Beratung wurde bis zum § 160 gefördert, ohne daß wesentliche Abänderungen vorgenommen wurden. Die Beratung des § 160 a bis 160 d wurde unterbrochen, weil die Frage der Beteiligung des Staates und der Provinzen an dem Ausbau der Wasserläufe zweiter Ordnung neu und noch nicht völlig geklärt ist. — Die nächste Sitzung ist Dienstag, 10 Uhr vormittags.

⊙ **Eine Enquete über die Verhältnisse des Kleingewerbes.** Im Reichstag ist der Wunsch ausgesprochen, man möge vor dem Abschluß der neuen Handelsverträge die Einwirkung der gegenwärtigen Tarifpolitik auf das Handwerk und den Mittelstand in geeigneter Weise festzustellen versuchen. Das zuständige Ressort der Reichsregierung beabsichtigt, eine Kommission zusammenzuberufen, welche die Frage erörtern soll, in welchem Umfange eine Enquete über die Verhältnisse des Kleingewerbes notwendig ist, und mit welchen Mitteln man in der Lage sein würde, sie durchzuführen. Der Weg der Produktionserhebungen, mit denen seit Jahren bestimmte Zweige unseres Wirtschaftslebens in ihrer Entwickelung erfaßt werden, ist wohl für die Industrie, aber nicht für die Kleinbetriebe verwertbar. Das zeigen die Erfahrungen bei der Erhebung über die Produktionsverhältnisse in der Müllerei. Hier hat es sich nahezu als undurchführbar herausgestellt, im Wege der Umfrage und auf Grund von Fragebogen, die von den einzelnen Betriebsinhabern ausgefüllt werden mußten, ein auch nur irgendwie verwertbares Material über die Verhältnisse der Kleinbetriebe zu erhalten. Es sind bei solchen Produktionserhebungen statistische Tabellen in dem Fragebogen nicht zu vermeiden. Den Kleingewerbetreibenden fehlt vielfach infolge einer nur beschränkten Buchführung das Material, um die gestellten Fragen annähernd zutreffend zu beantworten. Es müssen also andere, den besonderen Verhältnissen des Kleingewerbes mehr entsprechende Mittel angewendet werden, um die Wirkung unserer Tarifpolitik auf Handwerk und Mittelstand festzustellen.

⊙ **Eine Konferenz zur Schaffung eines Einheitssystems für die deutsche Stenographie.** Am 14. und 15. n. Mts. wird im preußischen Kultusministerium unter dem Vorsitz des Provinzialschulrats Professor Tiebe Beratungen mit Vertretern von 9 stenographischen Systemen stattfinden, um den Versuch zur Schaffung eines Einheitssystems für die deutsche Stenographie zu machen. Diese Vertreter bilden die Unterkommission, die bei der letzten Tagung des aus 23 Mitgliedern bestehenden Sachverständigen-Ausschusses der deutschen Stenographieschulen im Beginn dieses Jahres zur Vorbereitung der Frage eingesetzt wurde. Der Unterkommission wird ein sehr umfangreiches Material an Vorschlägen für ein Einheitssystem vorliegen. Ob es bei den Beratungen zu einem positiven Ergebnis kommen wird, das dem Sachverständigen-Ausschuß zur weiteren Beschlußfassung unterbreitet werden könnte, bleibt abzuwarten. Bisher haben die beteiligten Stenographenschulen noch nicht das Maß von Verständnis für die in der Frage bestehenden, zum Teil entgegengesetzten Wünsche bekundet, das erforderlich wäre, um zu einem Ergebnis zu gelangen. Die Versuche zur Schaffung eines Einheitssystems unter amtlicher Mitwirkung gehen bereits auf das Jahr 1909 zurück. Sie führten im Sommer 1910 zu einer Konferenz von Regierungsvertretern aller größeren Bundesstaaten. Dabei wurde der Beschluß gefaßt, einen Sachverständigen-Ausschuß einzuberufen aus den von den 9 Systemen gewählten 23 Vertretern. Schwierigkeiten aus Mangel verfügbarer Mittel haben verursacht, daß der Sachverständigen-Ausschuß erst im Beginn dieses Jahres zusammengetreten ist.

Der Staat, ein geborener Heide.

Zu dem bekannten Ausspruch des stellvertretenden Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika schreibt der Türmer:

Der Staat ist weder geboren, noch Heide, also auch kein geborener Heide, wie vielleicht der betreffende Geheimrat. Der Staat duldet und begünstigt die Religionen, aber auch nur insoweit sie sich innerhalb der sittlichen und gesetzlichen Schranken halten. Das Mormonentum wird nicht geduldet, ebenso wenig die Vielweiberei des Islams. Sollten die Geheimräte in Deutsch-Ostafrika darüber anderer Meinung sein? Von Landeskennern wird behauptet, daß der Islam in Deutsch-Ostafrika unter deutscher Herrschaft einen ungeahnten Aufschwung genommen habe. Der Geheimratsliberalismus begünstigt den Islam, vielleicht ohne es zu wollen oder zu wissen, er schätzt den mohammedanisierten Eingeborenen höher als den heidnischen und drängt diesen dem Islam in die Arme, der bequemer ist als das Christentum und u. a. die Vielweiberei gestattet. Wenn der Geheimratsliberalismus die Mohammedanisierung von ganz Deutsch-Ostafrika bewirkt hat, dann wird er zu spät erkennen, daß seine Anschauung vom Staat als geborenem Heiden auf dem grünen Tisch gewachsen ist. Theoretisch betrachtet, fein und folgerichtig ausgedacht, ist der Staat als geborener Heide ein ebenbürtiges Seitenstück zu dem anderen Ideal des Geheimratsliberalismus, zu dem Staat als Nachtwächter.

Ausland.

Der Orient.

❑ **Paris**, 27. Sept. Wie der Korrespondent des „Temps" in Petersburg erfahren haben will, haben gestern Verhandlungen zwischen den Großmächten über eine gemeinsame Einwirkung auf die Pforte wegen der letzten Ereignisse begonnen. Im Ministerium des Äußern wird heute erklärt, daß die russische Regierung wohl die Zustimmung aller Kabinette zu einer solchen Einwirkung erhalten werde, weil die Mächte der Ansicht sind, daß nur ein gemeinsames freundschaftliches Vorgehen Erfolg zeitigen könne. Eine vereinzelte Einwirkung könne nur dazu führen, bei der Pforte den Eindruck zu erwecken, daß die Mächte untereinander nicht einig sind. Der Korrespondent des „Temps" will aus offizieller Quelle erfahren haben, daß die Vertreter Rußlands, Englands und Frankreichs in Konstantinopel von ihren Regierungen den Auftrag erhielten, bei der Pforte dahin zu wirken, daß die Durchführung der von ihr bewilligten Reformen beschleunigt werde. Speziell die russische Diplomatie stehe auf dem Standpunkt, daß die Ankündigung der geplanten Reformen nur eine halbe Maßnahme sei, die in einem so schwierigen Zeitpunkt für die Aufrechterhaltung des Friedens ungenügend sei. Die Pforte wurde daher ersucht, ernstere Garantien zu geben und die Durchführung der Reformen sofort in Angriff zu nehmen.

Über die Friedensverhandlungen in Ouchy läßt sich der „Temps" heute melden: Die Verhandlungen gehen außerordentlich schnell vorwärts, und sowohl in italienischen wie in türkischen Kreisen tadelt man die Haltung der Presse, der die Verhandlungen nicht schnell genug gehen. Man verweist darauf, daß eine so schwierige Frage in sechs Wochen nicht gelöst werden könne, man habe für weniger wichtige Fälle weit längere Zeit gebraucht. Der türkische Delegierte Naby Bei gab seiner optimistischen Auffassung für den Ausgang der Verhandlungen Ausdruck und auch der italienische Delegierte Bertolini erklärte, daß er die Ungeduld der italienischen Presse nicht verstehen könne. Er habe den Eindruck, daß man dem Ziele nahe sei. Jedenfalls sei ein Akkord noch nicht geschlossen worden, wie gestern aufgetauchte Gerüchte bereits wissen wollten. Es seien noch verschiedene

Wenn zwei sich die Hände reichen.

14) Roman von M. Eitner.

„Ich will nichts, nichts anderes, will nur "dein sein, flüsterte Elisabeth. Da fühlte sie sich von seinen starken Armen umschlungen und an sein Herz gedrückt, und ihr Mund wurde durch einen Kuß geschlossen. Sie empfand, daß ein Glück über sie gekommen war, dessen Größe sie nie geahnt hatte.

Stein gab sie wieder frei, hielt aber ihre Hände fest.

„Wir müssen zu Tante Anna," sagte Elisabeth, „oder weiß sie schon, daß du hier bist?"

„Sie weiß es. Ich war in Verona, wollte nach Straßburg zurückgehen und konnte doch nicht. Ich mußte hierher kommen. Ich wußte, in welchem Hotel ihr Wohnung nehmen wolltet. Als ich hier eintraf, habe ich mich sofort bei Frau von Zagory melden lassen. Was mein Wiederkommen bedeutet, ist ihr ganz klar, aber ich fürchte, Elisabeth, sie traut mir nicht zu, daß ich allein dich glücklich machen kann."

„Sie wird es ja sehen," erwiderte Elisabeth voll seliger Zuversicht. „Komm zu ihr."

Beide gingen in das Hotel und betraten Hand in Hand Frau von Zagorys Zimmer.

„Tante Anna!" rief Elisabeth jubelnd und umschlang sie mit beiden Armen, „nun ist alles, alles gut."

Wie ausgewechselt war Elisabeth. Aus ihren Augen strahlte bräutliches Glück und umwob ihre Persönlichkeit mit einem besonderen Zauber.

„Ich komme gleich wieder," sagte sie dann. „In meinem dunkelblauen Kleide sehe ich so gar nicht wie eine Braut aus."

Als sie das Zimmer verlassen hatte wendete Stein sich zu Frau von Zagory und sagte ernst, fast traurig: „Sie zürnen mir, Sie haben kein Vertrauen zu mir."

„Ich zürne nicht und ich habe kein Mißtrauen, aber — ich kann mich nicht freuen. Sie wissen, wie ernst ich über das Wort denke: „Wenn zwei sich die Hände reichen". Ich würde ruhiger in die Zukunft blicken, wenn Sie Elisabeth nicht von vornherein unter einen Zwang gestellt hätten. Gott gebe, daß meine Befürchtungen unbegründet sind, aber ich sage Ihnen offen und ehrlich, daß, wenn ein Tag kommt, da, durch diesen Zwang veranlaßt, zwischen Ihnen und Elisabeth ein Zwiespalt ausbricht, ich immer und immer nur auf Elisabeths Seite stehen und nötigenfalls ihr Schutz und Zuflucht bieten werde."

„Sie wollen sich zwischen uns beide stellen?" fragte Stein scharf.

„Das ist falsch aufgefaßt. Ich sage Ihnen nur, daß ich niemals gegen Elisabeth und für Sie eintreten werde, weil ich Ihr Handeln nicht richtig finde. Sie können es mir nicht verübeln, daß ich offen und ehrlich spreche. Es versteht sich von selbst, daß ich das, was ich Ihnen jetzt sagte, nicht vor Elisabeth wiederholen würde."

„Ich hoffe, gnädige Frau, Sie werden mir noch einmal zugestehen müssen, daß ich den rechten Weg einschlug."

„Und ich werde mich glücklich preisen, Herr Professor, wenn mich die Zeit zu diesem Zugeständnis Ihnen gegenüber zwingt."

„Also doch Friede zwischen uns und kein beabsichtigtes Mißtrauen."

Bei diesen Worten ergriff Stein Frau von Zagorys Hand und küßte sie voll Ehrerbietung. Diese Frau zwang ihm eine Hochachtung ab, wie er sie bis jetzt noch nicht empfunden hatte.

Elisabeth erschien wieder. Sie trug dasselbe cremefarbene Kaschmirkleid, in welchem Stein sie am ersten Abend im Hotel Bauer gesehen hatte.

Ihre Augen strahlten in wunderbarem Glanz und ein liebliches Erröten verbreitete sich über ihr Gesicht, als Stein jetzt ihren Arm in den seinen zog, ihre Hand küßte und innig sagte: „Meine Braut!"

Frau von Zagory gestand sich ein, daß, seit sie ihren Bruder und Ange Garraux als Brautpaar gesehen, nie ein schöneres Paar vor ihr gestanden hatte als diese beiden. Sie schienen wie füreinander geschaffen.

„Daß ihr so glücklich werden möchtet wie meine Geschwister es waren," sagte sie ernst und innig.

Stein wollte zwei Tage in Riva verweilen, um sein Glück zu genießen. Auch sollte gleich alles für die Zukunft besprochen werden.

Elisabeth holte den Brief aus Petersburg, setzte sich an den Schreibtisch und sagte, übermütig vor Glück: „Sieh zu, Bernhard, wie Elisabeth von Wallhofen die Abdankung von Désirée Garraux ausstellt: Diese Absage bedeutet das Ende meiner öffentlichen Laufbahn. Oh, Tante Anna, vor wenigen Stunden ahnte ich noch nicht, wie unsagbar glücklich man sein kann."

An einem besonderen Tisch nahmen sie im Saal ihre Abendmahlzeit ein und dann ging das Brautpaar durch den erleuchteten Garten.

Zauberisch schön dehnte sich der azurblaue See vor ihnen aus, in dessen Wasser sich die Sterne widerspiegelten, und scharf zeichneten sich die Linien der steil aufsteigenden Rocchetto, an deren Fuß Riva lag, gegen den Himmel ab.

Wortlos standen die beiden, wie scheu durch das Glück, welches die letzten Stunden ihnen gebracht hatte.

„Du weißt es," begann schließlich Elisabeth, „daß ich elternlos bin von früher Kindheit an, aber du — du hast doch noch Eltern, die um unser Glück wissen müssen."

„Laß das," wehrte Stein. „Zwischen meinen Eltern und mir ist ein Riß, der nicht geheilt werden kann. Meine Eltern, richtiger gesagt, mein Vater, konn es mir nicht vergeben, daß es mich in eine andere Welt zog, daß es mir nicht genügte, der erste auf einem großen Bauerngut zu sein, und was er dem Knaben nicht vergab, vergibt er auch nicht dem Mann."

„Könnte denn die Zeit nicht gemildert haben, Bernhard, und . . ."

„Laß das, Elisabeth. Du hast ja wohl gehört, daß es heißt, die Söhne der roten Erde haben harten Kopf und harten Sinn, und ich glaube, die vom Steinhof sind ganz besonders so geartet."

Und wieder hatte seine Stimme den schroffen Klang, der Elisabeth schon einmal erschreckt hatte.

Scheu blickte sie zu ihm auf. Er war ein Sohn der roten Erde, war ein Kind des Steinhofs.

Als ahne er, was in ihr vorging, sagte er, den Arm fest um sie legend: „Verzeih, daß ich so offen sprach. Du weißt ja aber: „Grabaus, das ist Westfalenbrauch". Noch gibt es für meinen Fuß keine Brücke, die zur Heimat führt. Frage darum nicht wieder."

Wie ein leises Frösteln war es über Elisabeth hingeschlichen, als sie aber dann in Bernhards Augen blickte, wußte sie nur, daß sie namenlos glücklich war.

Sie gingen in das Hotel zurück, wo Frau von Zagory sie erwartete.

„Da ich nun ein wirkliches, eigenes Heim haben werde," sagte Stein im Laufe des Gespräches, „so will ich seßhafter werden, als ich bisher es war. Vorgestern habe ich einen Ruf an die Universität nach München erhalten, und diesem Ruf will ich folgen, wenn du dir München als Heimat gern vorstellen magst. Ich bin erst für Ende Oktober dorthin verpflichtet, und den Sommer könnten wir in den Alpen verleben. Ich habe schon einmal wochenlang in einem Bauernhof da zwischen Lend und St. Johann im Pongau gewohnt, um so rechte Ruhe für meine Arbeit zu haben, und ich weiß, daß dort eine Villa, die mir ganz besonders gefiel, völlig möbliert zu vermieten ist. Möchtest du dort wohnen?"

„Handle nur, wie du es für gut hältst, ich bin mit allem zufrieden," entgegnete Elisabeth.

„Brauchst du sehr viel Zeit, um dich an den Gedanken zu gewöhnen, Frau Professor zu werden?"

„Ich glaube nicht," gab Elisabeth lächelnd zurück, „aber hier soll Tante Anna bestimmen."

Man beriet hin und her. Frau von Zagory war durchaus nicht für einen langen Brautstand und erklärte es für das Zweckmäßigste, daß sie in ungefähr drei Wochen sich in München treffen sollten, um eine Wohnung zu suchen. Sie war damit einverstanden, daß im Juni in Wien die Hochzeit in kleinem Kreise stattfände. Während das junge Paar in den Alpen weilte, wollte sie dafür sorgen, daß das Heim in München freundlich hergerichtet werde.

Somit war alles Nötige besprochen, und klar lag vor den beiden Menschen der äußere Weg, den sie fortan gemeinsam wandeln wollten, sie, die noch vor wenigen Wochen nichts voneinander gewußt und nun, durch die Liebe so plötzlich zusammengeführt, sich die Hände zum Lebensbunde reichen wollten.

Wenn Frau von Zagory am nächsten Tag in Elisabeths leuchtende Augen blickte, wenn sie den Professor beobachtete, über dessen scharfe Züge das Glück eine ihnen sonst fremde Weichheit und Milde gelegt hatte, sagte sie sich selbst zur Beruhigung, daß ihre Bedenken für die Zukunft dieser beiden wohl unnötig gewesen waren. Und doch wagte sie nicht zu glauben, daß Elisabeths Weg voll eitel Sonnenschein sein werde, und daß die Kunst, die bisher ihr Leben so völlig ausgefüllt hatte, beiseite gesetzt bleiben würde, ohne jemals wieder die Arme nach ihr auszustrecken.

Es quälte sie, daß sie so wenig von dem Professor wußte, so wenig seinen Charakter kannte, und dabei sagte sie sich wieder, daß auch längere Bekanntschaft sie in dieser Beziehung nicht vorwärts gebracht haben würde. Allem Anschein nach gehörte er zu denen, welche die Tür zu ihrer Seele sorglich verschlossen halten.

(Fortsetzung folgt.)

schwierige Hindernisse zu überwinden, die Geduld beanspruchen. Eine Bestätigung der Nachricht, daß Reschid Pascha in den nächsten Tagen in Ouchy eintreffen werde, um die Verhandlungen abzuschließen, ist bisher noch nicht eingetroffen.

Regierung und Fleischteuerung.

Berlin, 28. Sept. **(Drahtb.)** Die preußische Staatsregierung beschloß die Zulassung der Einfuhr frischen Rindfleisches aus dem europäischen Rußland und frischen Rind- und Schweinefleisches aus Serbien, Rumänien und Bulgarien für eine Anzahl größere Städte, wenn sie das Fleisch zu möglichst niedrigen unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten Preisen verkaufen, ebenso die Einfuhr frischen Schweinefleisches aus Rußland für eine Anzahl östlicher Städte, sowie die Einfuhr von Schlachtrindern aus den Niederlanden in geeignete öffentliche Schlachthöfe. Das Verbot der Einfuhr frischen Rindfleisches aus Belgien wird aufgehoben. Das Kontingent russischer Schlachtschweine für Oberschlesien wird vorübergehend erhöht. Ferner werden bedeutsame Tarifmaßnahmen geplant, alsdann soll der Bundesrat durch ein Gesetz ermächtigt werden, den Gemeinden, die einen Fleischverkauf einrichten, den Eingangszoll teilweise zu ermäßigen, und zwar von 35 oder 27 Mark auf 18 Mark.

In Ergänzung obigen Telegramms schreibt die „Nordd. Allg. Zeitung": Die preußische Staatsregierung beschloß, gegen die herrschende Fleischteuerung vorübergehend folgende Erleichterungen der Vieh- und Fleischeinfuhr aus dem Auslande eintreten zu lassen: 1. Für große Städte, die als Versorgungsgebiet für die Vieh- und Fleischpreise ganzer Landesteile maßgebend sind, soll die Einfuhr frischen Rindfleisches aus dem europäischen Rußland und frischen Rind- und Schweinefleisches aus Serbien, Rumänien und Bulgarien im Wege besonderer Genehmigung zugelassen werden, wenn das Fleisch zu einem, unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten möglichst niedrigen Preisen an die Verbraucher verkauft wird. Die Beförderung des Fleisches bis zum Bestimmungsort muß in plombierten Wagen erfolgen.

2. Unter gleichen Bedingungen soll die Einfuhr von frischem Schweinefleisch aus Rußland im Wege besonderer Genehmigung in einzelnen größeren Städten des Ostens, bei denen für eine vermehrte Versorgung ein besonderes Bedürfnis besteht, gestattet werden.

3. Unter gleichen Bedingungen soll ferner die Einfuhr von Schlachtrindern aus den Niederlanden im Wege besonderer Genehmigung in hierzu geeigneten öffentlichen Schlachthöfen größerer Städte unter den für die Einfuhr von Schlachtvieh aus Österreich-Ungarn geltenden veterinär-polizeilichen Vorsichtsmaßregeln und Bedingungen gestattet werden. Die besonderen Genehmigungen zu 1 und 3 sollen unbeschadet der bestehenbleibenden allgemeinen Einfuhrverbote erteilt werden.

Von den so ermäßigten Tarifsätzen wird außerdem ein weiterer Frachtnachlaß von 20 Prozent gewährt a) zugunsten der Gemeinden und Organisationen, die die Sendungen in Ausübung gemeinnütziger Tätigkeit an Verbraucher oder Fleischer zum Verkaufe zu den unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten Preisen abgeben; b) zugunsten gewerblicher Unternehmer, die die Sendungen zu oder unter Selbstkosten an eigene Angestellte oder zum Zwecke des Verkaufs an eigene Angestellte zu den unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten Preisen an die Fleischer abgeben.

Unter den gleichen Bedingungen wird ein Nachlaß und zwar von 30 Prozent für lebendes Vieh gewährt. Soweit gefrorenes Fleisch zur Einfuhr zugelassen ist, gelten die Ermäßigungen der Eisenbahntarife auch für gefrorenes Fleisch.

Die Vergünstigungen, die zugunsten der Gemeinden und gemeinnützigen Organisationen beim Bezug von Seefischen bestehen (Frachtnachlaß von 20 Prozent), bleiben auch für das Jahr 1913 in Kraft.

Die Tarife für Futtergerste und Mais werden unter der Bedingung, daß die Fleischermäßigung dem Viehhalter zugute kommt, bis Ende 1913 auf Spezialtarif 3 zurückgeführt, was eine Frachtermäßigung um fast die Hälfte bedeutet. Ein gleiches Vorgehen ist bei den übrigen Staatseisenbahnverwaltungen angeregt.

Endlich ist, um die **Mitwirkung der** Gemeinden an der Fleischversorgung zu fördern, dem Bundesrat der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt worden, der den Bundesrat ermächtigt, für die Zeit bis 31. März 1914 mit Wirkung vom 1. Oktober 1912 ab, die Gemeinden, die frisches und auch gefrorenes Fleisch und Vieh aus dem Auslande für eigene Rechnung einführen und unter Einhaltung der vom Bundesrat vorgeschriebenen Bedingungen zu angemessenen Preisen an die Verbraucher gelangen lassen, den nach Nr. 108 des Zolltarifs auf Erhöhung des Eingangszolles bis auf den Betrag zu erstatten, der sich ergibt, wenn anstatt der Zollsätze von 35 oder 27 Mark ein Zollsatz von 18 Mark für den Doppelzentner zugrunde gelegt wird.

In der Begründung der angekündigten Maßregeln gegen die Fleischteuerung schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.":

Die Tatsache, daß die Fleischpreise eine bedenkliche Höhe erreicht und der Auftrieb an Vieh auf unsere großen Märkte namentlich in der allerletzten Zeit einen bedenklichen Rückgang aufzuweisen hat, kann nicht bestritten werden. Auf der anderen Seite kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die wichtigsten Ursachen dieser Erscheinung in dem Auftreten der Maul- und Klauenseuche und der schlechten Futterernte des vergangenen Jahres zu suchen, also nur vorübergehender Natur und nicht geeignet sind, den Glauben an die Möglichkeit der ausschließlichen Versorgung des deutschen Marktes mit deutschem Fleisch zu erschüttern. Es mußten also Maßnahmen vermieden werden, welche das Ziel ernstlich gefährden könnten, das zu erreichen nicht nur im Interesse unserer Landwirtschaft, sondern auch im Interesse unserer wirtschaftlichen und Kriegsbereitschaft unser unausgesetztes Streben sein muß.

Die zeitweilige Schwächung veterinärpolizeilicher Verbote müßte daher mit Vorsicht in Angriff genommen und das Hauptaugenmerk darauf gerichtet werden, die Grenzen in erster Linie nicht für lebendes Vieh, sondern für frisches Fleisch zu öffnen. Hierfür sprach auch die Erwägung, daß eine Einfuhr von frischem Fleisch dem Konsum in viel stärkerem Maße zugute kommen muß, als die Erleichterung der Einfuhr von lebendem Vieh. Die Einfuhr von frischem Fleisch wird jedoch nur vorübergehend unter Aufrechterhaltung der bestehenden Einfuhrverbote in der Form und Dispenz gestattet. Sie wird auch nur für Großstädte erlaubt, die als Märkte für die Bildung der Vieh- und Fleischpreise ganzer Landesteile maßgebend sind und eine Gewähr dafür bieten, daß das Fleisch zu einem unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten, möglichst niedrigem Preise an die Verbaucher verkauft wird. Die erstere Einschränkung war notwendig, weil im Interesse des Seuchenpolizeilichen Schutzes an die Beseitigung der Einfuhrverbote nicht gedacht werden kann. Die zweite Einschränkung empfahl sich, weil ohne sie eine Verzettelung der vorhandenen Waren auf zahlreichen Märkten und eine Steigerung der Nachfrage die ganze Maßnahme vermutlich illusorisch gemacht haben würde. Es ist zu hoffen, daß die beteiligten Städte ihre Mitwirkung noch erhöhen, indem sie sich dem gemeinsamen Bezuge anschließen. Wenn diese Maßnahme, wie zu erwarten ist, auf den unmittelbar beteiligten Märkten eine preisdrückende Wirkung haben wird, muß dies auch indirekt den anderen Städten zugute kommen. Unstreitig wird damit den Städten eine gewisse Last auferlegt. Sie wird aber erleichtert durch die in Aussicht genommene Ermäßigung der Eisenbahntarife für Fleisch und lebendes Vieh. Dem gleichen Zwecke der Unterstützung der Städte bei der ihnen zugewiesenen Aufgabe soll die teilweise Erstattung des Zolles auf frischem und gefrorenem Fleisch dienen. Die vorgesehene Rückwirkung des betreffenden Gesetzes gewährt den Gemeindeverwaltungen die Möglichkeit, Vorbereitungen und Einrichtungen, durch die bezogenes ausländisches Fleisch den Verbrauchern zu billigen Preisen zugeführt werden soll, schon jetzt in der Voraussetzung zu treffen, daß der Reichstag der Vorlage der verbündeten Regierungen demnächst zustimmen wird. Ein derartiges Vorgehen wird dadurch erleichtert, daß nach den Vorschriften des Zolltarifgesetzes die Stundung des Eingangszolles auf Fleisch zulässig ist. Durch die Erstattung eines Teiles des Zolles werden die Gemeinden in die Lage versetzt, gefrorene Hammel in größerem Umfange einzuführen, da die Einfuhr unter Beobachtung der Bestimmungen des § 12 des Fleischbeschaugesetzes technisch möglich und jedenfalls bei einem Zollnachlaß in der vorgeschriebenen Höhe wirtschaftlich durchführbar sein dürfte.

Durch eine auch nur zeitweilige Suspension des § 12 des Fleischbeschaugesetzes auch die Einfuhr von gefrorenem Rindfleisch zu ermöglichen erscheine dagegen nicht angängig. Die Einfuhr von Rindern in Hälften und mit anhaftendem Herzen, Nieren und Lungen bietet die einzige Möglichkeit, eine der heimischen Fleischbeschau annähernd gleichwertige Untersuchung durchzuführen und das Bestehen gewisser Krankheiten festzustellen, die das Fleisch des befallenen Tieres gesundheitschädlich machen. Von weiteren Maßnahmen ist nur noch die Ermäßigung der Eisenbahntarife auf Futtergerste und Mais in [illegible] neuem Umfange in Aussicht genommen, der den Bezug erleichtert, aber für die Landwirtschaft nicht nachteilig wirken kann. Zu einer weitgehenden, auch nur vorübergehenden Erschütterung unseres seuchenpolizeilichen Schutzes oder nur vorübergehenden Durchführung unseres Zolltarifes hat man sich nicht verstehen können. Aus bei ähnlichen Angelegenheiten oft erörterten Gründen ist aber auch zu entnehmen, daß die in Aussicht genommenen Maßregeln in ihrer Gesamtheit die erwünschten Wirkungen haben werden. Allerdings bedürfen die Regierungen bereitwilliger und sachkundiger Unterstützungen der kommunalen Selbstverwaltung; sie geben sich aber auch der Hoffnung hin, daß sie ihnen nicht versagt wird. Im übrigen aber ist sich die preußische Regierung darüber klar, daß die dauernde Sicherstellung unserer Fleischversorgung nur durch die Erhaltung und Verstärkung unserer noch einer weiteren Ausdehnung fähigen heimischen Viehzucht erreicht werden kann. Diese mit allem Nachdruck zu fördern, wird die vornehmste Aufgabe des nächsten Jahres sein.

*

Die von der Stadt Berlin und den Vorortgemeinden an den Reichskanzler gerichtete Petition wegen der Lebensmittelteuerung ist Freitag bekannt gegeben worden. Sie schildert einleitend das Ansteigen der Fleischpreise, das eine bedenkliche Unterernährung weiter Volkskreise in bedrohliche Nähe rückt und fährt dann fort: Angesichts dieser einer Krisis gleichkommenden Verhältnisse drängt sich einem jeden, insbesondere aber jeder verantwortlichen Stelle ohne weiteres die Schlußfolgerung auf, daß hier mit halben Mitteln nichts getan ist. Durchgreifende Abhilfe tut hier not, ist dringlich und eilig. Nicht mehr ist es zulässig, angesichts der herrschenden Not sich in Prüfungen und Erwägungen über die Ursachen der Teuerung zu verlieren, sondern es gilt zu handeln praktisch und schnell, und zwar verlangt der Ernst der Lage Maßnahmen, die dauernde Wirkung versprechen und die Wiederkehr eines ähnlichen Notstandes verhindern und als ausgeschlossen erscheinen lassen. Befürwortet wird dann an erster Stelle eine im großen betriebene Einfuhr überseeischen Gefrierfleisches. Ferner soll durch Änderung der im Wege stehenden gesetzlichen Bestimmungen dafür gesorgt werden, daß diese Einfuhr auch eine wesentliche Einwirkung auf den Markt ausüben kann.

Das Urteil gegen die Abgeordneten Borchardt und Leinert.

Berlin, 28. Sept. **(Eig. Drahtb.)** In dem Prozeß gegen die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten Borchardt und Leinert wegen der bekannten Vorgänge im Abgeordnetenhause im Frühjahr dieses Jahres ist heute das Urteil gefällt. Borchardt wurde wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Hausfriedensbruches zu 100 Mark Geldstrafe eventl. 10 Tagen Haft, Leinert wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 50 Mark oder 5 Tagen Haft verurteilt.

*

Zu Beginn der heutigen Verhandlung ging der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Schmidt sofort zur Verlesung des Schriftwechsels über, der sich im Jahre 1910 zwischen dem damaligen Präsidenten v. Kröcher und dem Minister des Innern über die polizeiliche Hilfeleistung bei der Entfernung eines ausgeschlossenen Abgeordneten entwickelt hat. Zunächst gelangt ein Schreiben des Präsidenten v. Kröcher zur Verlesung vom 28. April 1910, in dem Mitteilung gemacht wird von dem Beschluß der Geschäftsordnungskommission auf Verschärfung der Geschäftsordnung und beim Minister angefragt wird, ob er bereit sei, die nötigen Polizeimannschaften zur Durchführung der Ausschließung eines Abgeordneten erforderlichenfalls zur Verfügung zu stellen. In dem Antwortschreiben vom 7. Mai 1910 erklärt sich der Minister bereit, den Polizeipräsidenten anzuweisen, auf schriftliches, telegraphisches oder telephonisches Ersuchen des Präsidenten einen Polizeioffizier mit den erforderlichen Mannschaften ins Abgeordnetenhaus zu entsenden, und Vorsorge zu treffen, daß jederzeit einem solchen Ersuchen stattgegeben werden kann. In dem Schreiben heißt es weiter, und das ist die von der Verteidigung angezogene Stelle: „Ich darf wohl noch hinzufügen, was mein Kommissar auch schon in der Kommissionsverhandlung ausgeführt hat, daß sich die Mitwirkung der Polizeiorgane nur auf die Entfernung ausgeschlossener Abgeordneter aus dem Sitzungssaale und von den Tribünen beschränken kann, während es mir nicht angängig erscheint, von besonderen Ausnahmefällen abzusehen, Polizeiorgane auch zur Verhinderung des Wiedereintritts solcher Abgeordneter in den Sitzungssaal zu verwenden." Am 5. Juli 1910 folgt ein Antwortschreiben des Präsidenten v. Kröcher, in dem der § 64 in seiner neuen Fassung mitgeteilt und das Einverständnis mit den Vorschlägen des Ministers ausgedrückt wird. Der Minister macht dann weiter Mitteilung von den Anordnungen, die er gegeben hat. Der weitere Briefwechsel zwischen dem Präsidenten v. Kröcher und dem Minister des Innern bezieht sich auf die Frage, in welcher Fassung das Gesuch an das requirierte Polizeirevier zu richten sei. Es handelt sich darum, eine sichere, dem Gesuche entsprechende Grundlage für ein Einschreiten der Polizei zu geben. In einem hierauf bezüglichen Antwortschreiben des Ministers wird darauf hingewiesen, daß der requirierte Polizeileutnant auf eigene Verantwortung zu handeln und sich selbst ein Urteil zu bilden habe, ob der Tatbestand eines Hausfriedensbruches vorliege. Es müsse die Fassung des Gesuches so formuliert werden, daß der Polizeileutnant dadurch völlig gedeckt werde, um nicht Gefahr zu laufen, gegen den § 105 Str. G. B. zu verstoßen.

In der fortgesetzten Verhandlung gegen die Landtagsabgeordneten Borchardt und Leinert wurde vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß auf die Vernehmung des Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Porsch, verzichtet werde, nachdem dieser erklärt hatte, er könne nichts aussagen. Der Briefwechsel zwischen dem damaligen Minister des Innern und dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, v. Kröcher, liegt in beglaubigter Abschrift vor.

In der Urteilsbegründung wird folgendes gesagt: Der § 64 der Geschäftsordnung widerspricht nicht dem Geiste der Verfassung. Ein Gesetz, einen Abgeordneten aus dem Saale zu entfernen, ist nicht beschlossen worden, da man nicht an die Möglichkeit eines derartigen Vorkommnisses dachte. Jedenfalls ist der Präsident berechtigt, einen Abgeordneten aus dem Saale zu verweisen eventuell mit Hilfe der Polizei, da andernfalls die Verhandlungen vollständig unmöglich gemacht werden könnten. Die Polizeibeamten haben ebenfalls im Rahmen ihrer Zuständigkeit gehandelt. Auch zur Stellung des Strafantrages ist der Präsident des Abgeordnetenhauses berechtigt. Borchardt hat, weil er der Aufforderung, sich zu entfernen, nicht Folge leistete, sich des Hausfriedensbruchs, und da er den Beamten Widerstand entgegensetzte, des Widerstands gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht. Leinert aus dem gleichen Grunde des Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Bei der Strafzumessung ist erwogen worden, daß die Angeklagten lediglich eine rechtliche Frage zur Entscheidung bringen wollten. Es lag deshalb keine Veranlassung vor, auf Gefängnis zu erkennen.

Aus der Stadt.

Münster, 29. September.

△ **Das Stadttheater** eröffnet seine Spielzeit am Dienstag, den 1. Oktober, mit einer Aufführung von Schillers Räubern. Die Spielleitung liegt in den Händen des Herrn Ludwig Masson vom Stadttheater in Bremen. Als „Karl Moor" wird Herr Otto Fricke und als „Franz Moor" Herr Georg Winter debütieren. Die Rolle der „Amalia" wird von Frl. Bisinger dargestellt. Die Vorstellung beginnt pünktlich um 8 Uhr. Die erste Opern-Vorstellung bringt am Mittwoch, den 2. Okt., Richard Wagners „Tannhäuser". Die Titelrolle singt Herr Ferling, den „Wolfram" Herr Bassermann, den „Landgrafen" Herr Steeg. Frl. Steinweg wird die „Elisabeth" und Frau Mahling-Bailly die „Venus" darstellen. Die musikalische Leitung des Werkes hat Kapellmeister Wolff, die szenische Leitung Direktor Sachse übernommen.

Aus den Provinzen.

Geseke, 27. Sept. (Ein bedauerlicher Unglücksfall) ereignete sich gestern in der Mittagsstunde auf der Provinzialstraße. Der Landwirt E. fuhr Dünger ins Feld. Unterwegs wurde er von Kindern eingeholt, die das Mittagessen zum Kartoffelfelde bringen wollten. Die Kinder stiegen auf die Deichsel des zweiten Wagens. Hierbei kam ein 7jähriger Junge unter die Räder des beladenen Wagens. Zwei Räder gingen dem Jungen über den Leib und verursachten eine schwere Leber- und Milzquetschung. Ein operativer Eingriff, der im Krankenhause vorgenommen wurde, konnte das Kind nicht mehr retten; es starb in der folgenden Nacht.
(„Westf. Volksbl.")

+ **Hüsten**, 28. Sept. (Unglücksfall.) Heute morgen fiel auf der Hüstener Gewerkschaft ein Arbeiter von der etwa 12 Meter hohen Rampe, der sog. Erzbrücke, in die Tiefe. Er brach beide Beine und erlitt außerdem noch schwere innere Verletzungen. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Warburg, 27. Sept. (Billige Kartoffeln.) Hier werden laut „Westf. Volksfrd." für den Zentner guter Speisekartoffeln nur 1,40 Mark gefordert.

× **Dortmund**, 28. Sept. **(Eig. Drahtb.)** Die hiesige Metzgerinnung lehnte es ab, den Absatz von dänischem Fleisch zu vermitteln. Infolgedessen sieht sich die Stadt gezwungen, den Verkauf selbst zu übernehmen.

Gerichtszeitung.

g ❑ **Berlin**, 27. Sept. Der Redakteur des „Vorwärts", Albert Wachs, wurde heute vom Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Mitte wegen Beleidigung des Vorsitzenden des Deutschen Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, den Generalleutnant z. D. Reichstagsabgeordneten v. Liebert, zu 100 Mark Geldstrafe eventl. 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Vermischtes.

* **Perpignan**, 28. Sept. **(Drahtb.)** In Malaro, Figueras, Sabadell und anderen Städten Cataloniens ist es zu Ruhestörungen gekommen. Verschiedentlich wurden mit der Gendarmerie Schüsse gewechselt.

❑ * **Newyork**, 27. Sept. Die hiesigen Blätter wissen von einem neuen Mordversuch in der an sensationellen Überraschungen so reichen Mordaffäre Rosenthal zu berichten. Frau Dora Gilbert, die erste Gattin des Spielhöllenpächters Rosenthal, wurde in bedenklichem Zustande in das Newyorker Krankenhaus eingeliefert, wo die Ärzte eine Chlorhydrat-Vergiftung feststellten. Es besteht jedoch keine unmittelbare Lebensgefahr, und man hofft, Frau Gilbert retten zu können. Frau Gilbert ist eine der Hauptbelastungszeuginnen gegen die Polizei in der Newyorker Korruptionsaffäre.

* **Erdbeben.** Stuttgart, 28. Sept. Im Erdbebengebiet der Schwäbischen Alp, insbesondere in der Umgebung von Balingen und Reutlingen, wurde gestern abend 7,10 Uhr wieder ein Erdstoß verspürt, wodurch die Häuser stark erschüttert wurden. Es folgten mehrere schwache Stöße. Vormittags ist bereits ein leichter Stoß vorangegangen.

* ❑ **Schweres Automobilunglück.** Salzburg, 27. Sept. Heute ereignete sich hier ein schwerer Automobilunfall. Ein Lastautomobil der Brauerei Kaltenhofen, das mit vollen Bierfässern beladen war, stürzte nachmittags an einer abschüssigen Stelle um. Zwei vorübergehende Mädchen wurden unter dem umstürzenden Wagen begraben. Eines der Mädchen konnte nur noch völlig platt gedrückt als formlose Masse unter den Fässern hervorgeholt werden, das zweite wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht, wo es in hoffnungslosem Zustande darniederliegt.

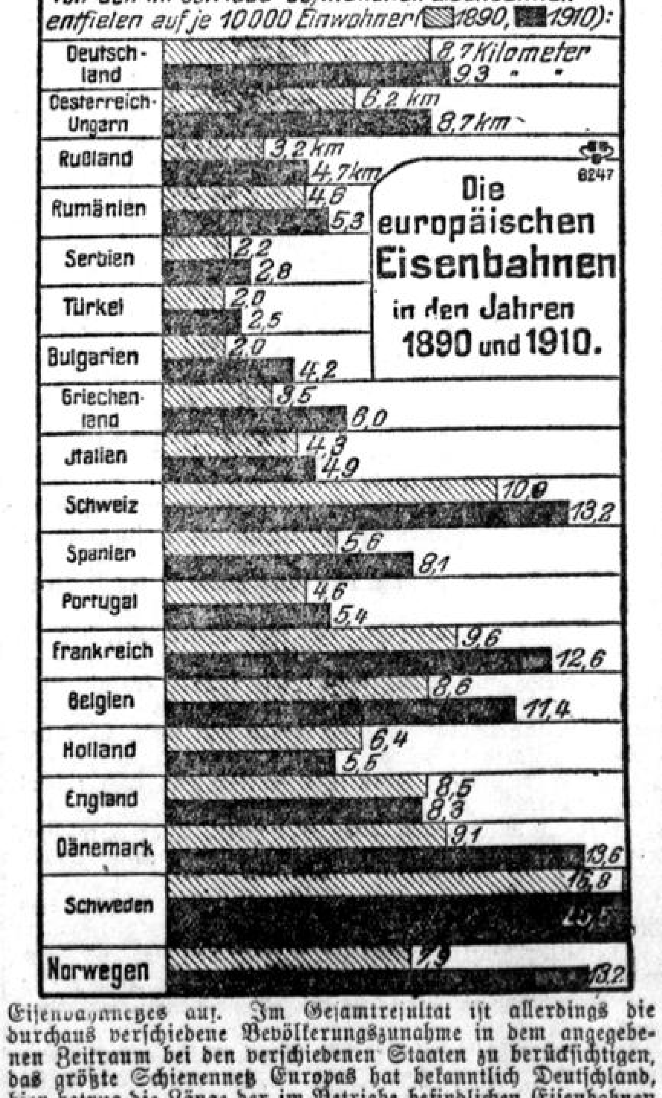
* ❑ **Verhaftung einer Sacharinschmuggler-Bande.** Prag, 27. Sept. Auf Verfügung der Statthalterei wurden 14 Anarchisten verhaftet, die sich mit dem gewerbsmäßigen Sacharinschmugel beschäftigten. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Anarchist Kalisch, der in Zürich vor dem Besuch des Kaisers wegen anarchistischer Umtriebe verhaftet worden war und dann nach Prag reiste.

* **Eine Stadt in Flammen.** Petersburg, 28. Sept. **(Drahtb.)** In der Blagowetschtschensk gegenüberliegenden Chinesenstadt Sachaljan ist eine Feuersbrunst ausgebrochen. Ein Stadtviertel ist bereits vollständig, ein anderes halb niedergebrannt.

* × **Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheimem, E. V.** Am 6. Oktober d. J. findet in Traunstein (Oberbayern) die feierliche Eröffnung des ersten von der Deutschen Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime erbauten Heimes (Ferienheims) statt. Der Protektor, Prinz Ludwig von Bayern, wird der Eröffnung beiwohnen, ebenso werden die Vertreter zahlreicher Körperschaften an der Feier teilnehmen. Auch die österreichische Kaufmannschaft wird eine Delegation entsenden. Das Heim ist für 100 Betten eingerichtet und gewährt männlichen und weiblichen Angestellten kaufmännischer und industrieller Betriebe, sowie minderbemittelten selbständigen Kaufleuten und deren Familien Aufnahme. Der Preis für die Feriengäste beträgt pro Kopf und Tag für Wohnung und völlige Verpflegung inkl. Trinkgeldablösung Mark 2,80 Mark. Trinkzwang besteht nicht; es wird eine gute bürgerliche Kost verabreicht. Die Gäste sind von der Kurtaxe befreit und wird denselben auch auf Bädern Preisermäßigung gewährt. Die Nachfrage nach Plätzen in dem Heim ist bereits sehr lebhaft.

Die europäischen Eisenbahnen 1890 und 1910.

Während der letzten zwei Jahrzehnte war in fast allen Teilen der Erde ein außerordentlich lebhafter Ausbau des Eisenbahnnetzes zu verzeichnen und besonders in Europa nahm das Schienennetz ganz erheblich zu. So betrug die Länge der im Betriebe befindlichen Eisenbahnen 1890: 223 848 Klm., während das europäische Bahnnetz 20 Jahre später schon 333 848 Klm. umfaßte. Während in Europa 1890 auf 100 Klm. nur 2,3 Klm. Eisenbahn und auf je 10 000 Einwohner 6,2 Klm. Bahnlinie entfielen, stiegen diese Zahlen 1910 auf 3,4 bezw. 7,6 Klm. Unsere heutige Statistik zeigt in graphischer Darstellung das Wachstum des europäischen Eisenbahnnetzes in den Jahren 1890—1910. Wie ein Blick auf die Statistik zeigt, weisen die skandinavischen Länder das prozentual stärkste Wachstum ihres



Eisenbahnnetzes auf. Im Gesamtresultat ist allerdings die durchaus verschiedene Bevölkerungszunahme in dem angegebenen Zeitraum bei den verschiedenen Staaten zu berücksichtigen, das größte Schienennetz Europas hat bekanntlich Deutschland, hier betrug die Länge der im Betriebe befindlichen Eisenbahnen 1890: 42 889 Klm. und stieg bis 1910 auf 61 148 Klm. Österreich-Ungarn (mit Bosnien) hatte 1890: 27 113 Klm. und 1910: 44 371 Klm., das europäische Rußland (mit Finland) 1890: 30 957 Klm. und 1910: 56 559 Klm., Italien 1890: 12 907 Klm. und 1910: 16 960 Klm., Frankreich 1890: 36 995 Klm. und 1910: 49 385 Klm., England 1890: 32 297 Klm. und 1910: 37 579 Klm. und Schweden 1890: 8018 Klm. und 1910: 13 982 Klm. Interessieren dürfte unsere Leser, daß das Eisenbahnnetz der Vereinigten Staaten und Alaskas das gesamte europäische Bahnnetz überflügelt hat, die Länge der im Betriebe befindlichen Bahnen betrug im Dollarlande 1890: 268 409 Klm. (Europa: 223 869 Klm.) und 1910: 388 173 Klm. (Europa 333 848 Klm.)

Letzte Nachrichten.

Die bayerische Regierung und die Sozialdemokratie.

München, 28. Sept. (Drahtb.) In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten kam Segitz (Soz.) auf die Stellungnahme des Eisenbahnministers zu den freien Gewerkschaften und zu der Sozialdemokratie zu sprechen. Man habe jetzt mit mehr Chikane und einem Schnüffelsystem der Vorgesetzten gegenüber den Beamten und Arbeitern in einem größeren Umfange zu rechnen, als es bei dem Vorgänger des Ministers der Fall war. Der Verkehrsminister verschärfte mit seiner Rede vom 20. September den Erlaß seines Vorgängers erheblich. Es gebe keine Arbeiterorganisation, die auf das Streikrecht verzichten könne. Auf Grund der vom Minister ausgesprochenen Drohungen würden die Gewerkschaften sich veranlaßt sehen, ihre Mitglieder vor der Annahme der Arbeit in diesen Betrieben warnen. Der Minister bezeichnete auch die Konsumvereine, Baugenossenschaften und Jugendorganisationen als umsturzverdächtig und untersagte den Beamten und Arbeitern die Beteiligung daran. Durch dieses Vorgehen werden das Staatswohl und die Volksinteressen auf das schwerste geschädigt. Er erhebe den schärfsten Protest gegen die Maßnahmen der Regierung. (Lebh. Bravo bei den Sozialdemokraten.) Der Verkehrsminister geht in seiner Antwort zunächst auf die einzelnen vorgebrachten Wünsche der Gehilfen ein und wendet sich dann mit erhobener Stimme gegen die Ausführungen des Abg. Segitz und betonte, er habe schon in seiner letzten Rede darauf hingewiesen, daß die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie nicht allein auf politische Organisationen sich beschränken, sondern auch auf die freien Gewerkschaften, Konsumvereinen, Baugenossenschaften und Jugendorganisationen übergriffen. Diese sind für die Sozialdemokratie nicht Selbstzweck, sondern werden in den Dienst der politischen Bestrebungen gestellt. Eine Neuerung in den Vollzugsbestimmungen seines Vorgängers zu seinem Erlaß sei nicht getroffen. Aufrechterhalten bleibe selbstverständlich der Grundsatz, daß Sozialdemokraten von der Anstellung als Beamte ausgeschlossen sind. Die Stellung der Verwaltung zur Frage der Bekämpfung der Bestrebungen des Ausstandes bei der Verkehrsverwaltung entspreche einer von beiden Kammern des Landtages angenommenen Resolution des damaligen Abg. Daller im April 1910. An dieser Stellung sei nicht nur die Verkehrsverwaltung, sondern die ganze Bevölkerung interessiert.

Graf Limburg-Styrum †.

Breslau, 28. Sept. **(Drahtb.)** Das frühere langjährige Mitglied des Reichstages und Abgeordnetenhauses, Wirkl. Geh. Rat Graf von Limburg-Styrum (kons.) ist gestern nachmittag auf seinem Gute Groß-Peterwitz gestorben. Friedrich Graf Limburg-Styrum war geboren am 6. August 1835 im Harz.

Mit Graf Limburg-Styrum ist einer der ältesten und bekanntesten Parlamentarier dahingegangen, der die große Zeit unserer Parlamente miterlebt hat. Im Jahre 1871 wurde er zum ersten Male von seinem Heimatkreise Breslau-Neumarkt in das Abgeordnetenhaus gewählt. Im Besitze dieses Mandats blieb er bis zum Sommer 1905, wo er es mit Rücksicht auf sein hohes Alter und seine geschwächte Gesundheit niederlegte. Denselben Wahlkreis hat er auch in den Jahren 1893 bis 1907 im Reichstage vertreten. In beiden Parlamenten war er Mitglied der deutschkonservativen Fraktion, und zwar eines ihrer angesehensten Mitglieder, was auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß er lange Jahre hindurch Vorsitzender der konservativen Landtagsfraktion gewesen ist. Auch hat er als Vertreter der Fraktion jahrelang die ersten Etatsreden gehalten. Graf Limburg-Styrum gehörte zu den konservativen Parlamentariern alter Schule, und so unzweifelhaft echt sein monarchisches Gefühl und seine monarchische Überzeugung war, so war er doch weit davon entfernt, gouvernemental zu sein. Er war ein unbeugsamer Politiker und ist häufig mit der Regierung in scharfen Gegensatz getreten. Dieser Gegensatz ist so heftig geworden, daß er ihm im Jahre 1892 seine Stellung als Beamter kostete. Das geschah infolge eines gegen Caprivi gerichteten Artikels in der „Kreuzzeitung", wegen dessen ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet wurde. Dieses endete mit seiner Entlassung ohne Pension. Das Urteil ist zwar im Gnadenwege aufgehoben worden, doch hat Graf Limburg-Styrum unmittelbar nachher sich in den endgültigen Ruhestand versetzen lassen. Auch unter dem Fürsten Bülow stand er in Opposition gegen die Regierung, insbesondere bei der Kanalvorlage.

Seine Karriere als Beamter führte ihn zunächst als Attaché und Legationssekretär nach Wien, Dresden, Stockholm, Lissabon und Rom. 1871 wurde er Geschäftsträger in Konstantinopel und 1872 der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes zugeteilt, um dann als Gesandter nach Weimar berufen zu werden. 1880 wurde ihm die interimistische Verwaltung des Auswärtigen Amtes übertragen, die er bis zum Jahre 1891 behielt. Dann wurde er zur Disposition gestellt. Graf Friedrich Wilhelm von Limburg-Styrum hat ein Alter von 77 Jahren erreicht.

⊡ **Beuthen**, 28. Sept. **(Eig. Drahtb.)** Eine am Donnerstag hier abgehaltene Generalversammlung der schlesischen Zentrumspartei hat folgenden Beschluß gefaßt: „Die Vertrauensmännerversammlung hält eine Zusammengehörigkeit zur „katholischen Aktion" mit einer ferneren Zusammengehörigkeit zur Zentrumspartei für unvereinbar." Die „Schles. Volksztg." versieht diesen Beschluß mit folgendem Kommentar: „Als allein maßgebende Instanz saß der Parteitag in erster Linie über die „katholische Aktion" zu Gericht, und die treuen schlesischen Zentrumswähler werden es mit Freuden und Dank begrüßt haben, daß die Vertrauensmännerversammlung, an der weit über 200 Delegierte teilnahmen, so energisch und scharf das Tischtuch zwischen der „katholischen Aktion" und dem Zentrum zerschnitten hat. Der einstimmig gefaßte Beschluß schafft klare Bahn. Will nun die „katholische Aktion" zum Schaden des Zentrums und der katholischen Sache ihre Ideen weiter propagieren? Wenn ihr Gewissen sie nicht daran hindert, so mag sie es tun; aber mit dem Zentrum hat alles das nicht das geringste zu schaffen. Und diese Bestrebungen werden vom Zentrum genau so bekämpft werden und genau so bekämpft werden müssen, wie jeder andere Feind." Diese Ausführungen des schlesischen Zentrumsorgans werden auch außerhalb Schlesiens überall den Beifall der Zentrumsanhänger finden.

London, 28. Sept. Alle Blätter besprechen die Anwesenheit Bonar Laws in Balmoral und sehen in dem Empfang des Führers der Opposition einen ungewöhnlichen Schritt des Königs. Einige Blätter bringen diesen Besuch in Verbindung mit dem außergewöhnlichen Vorgehen der Unionisten in Ulster. Die meisten glauben jedoch, daß der König und Grey die Anwesenheit Bonar Laws wünschten im Hinblick auf den Meinungsaustausch mit Sasonow.

Rambouillet, 28. Sept. **(Drahtb.)** Im heutigen Ministerrat äußerte sich Ministerpräsident Poincaré über die Lage im Osten und teilte die neuesten Telegramme aus Konstantinopel, Sofia, Athen, und Belgrad, sowie den Meinungsaustausch der Mächte im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens mit.

Toulon, 28. Sept. **(Drahtb.)** Das Panzerschiff „Paris" ist heute vormittag glücklich vom Stapel gelaufen. Bei dieser Gelegenheit hielt Marineminister Delcassé eine Rede, in der er seine Freude über die raschen Fortschritte des französischen Schiffsbaues aussprach und unter anderem sagte: Diese Schiffe werden einen besseren Schutz der nationalen Interessen sichern, die sich ebenfalls entwickeln, besonders im Mittelländischen Meere, wo wir, wie wir uns gerne sagen, Freunde haben, die zu erhalten nichts uns hindern wird. Delcassé erinnerte dann an die Schwankungen in der Geschichte Frankreichs und fügte hinzu, in dem letzten Sturme, der Frankreich zu vernichten drohte, habe ihm ein Lichtstrahl die Zukunft enthüllt. Er gabe ein anderes Frankreich gesehen, das für seine Anstrengungen entschädigt wurde, durch ein unablässiges Wachstum an Ansehen, Reichtum und Ruhm. Am anderen Ufer des Meeres seiner Vorfahren gründe es ein weit in sich erstreckendes Reich, das die fruchtbare Tätigkeit einer langen Reihe von Generationen nicht erschöpfen werde.

❑ **Belgrad**, 27. Sept. Auswärts waren Gerüchte über eine Verschwörung gegen König Peter verbreitet worden, welche sich auf Inspiration eines montenegrinischen Prinzen gebildet haben soll. In der Stadt ist davon nichts bekannt, und man verweist auf die in der letzten Zeit bedeutend gebesserten Beziehungen zwischen den Höfen von Belgrad und Cetinje.

Rio de Janeiro, 28. Sept. Der Ackerbauminister legte dem Kongreß mit der Botschaft des Präsidenten einen Gesetzentwurf auf Festlegung des Rechtsverhältnisses der eingeborenen Indianer vor. Das Gesetz zielt darauf hin, den Indianern, die bis dahin minderberechtigt waren, alle verfassungsmäßigen Rechte wie den Angehörigen anderer Rassen, das heißt die vollständigen bürgerlichen Rechte in Brasilien, die sie bisher nicht genossen, zu gewähren. Die öffentliche Meinung und das Parlament stehen dem Vorschlage sehr günstig gegenüber.

❑ **Washington**, 27. Sept. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat dem Präsidenten der Republik Mexiko eine geharnischte Note zugehen lassen, die einem Ultimatum gleicht. Die Vereinigten Staaten verlangen die Wiederherstellung der Ordnung innerhalb einer bestimmten Zeit und drohen mit der bewaffneten Intervention, falls es Madero in dieser Zeit nicht gelungen sein sollte, die Ordnung wieder herzustellen.

nur 1. Et
Eichfertige In
Kü
Küppers
Grosse Ausw
Fachgemä
F.
Fr
Magazin
Nur Alter
Grös
Lederm

Wolff & Co.

nur 1. Etage **Salzstrasse 37** nur 1. Etage

Steigen Sie eine Treppe



dann sparen Sie viel Geld!

Grosse Auslage von ca. 5000 Meter

deutscher und englischer

Kostümstoffe

Nur reinwollene 130 bis 140 cm breite Qualitäten.

Montag	Dienstag	Mittwoch
Serie I	Serie II	Serie III
1.50	**2.25**	**3.50**
130 cm br. reinw. Kammgarn-Cheviots	130 cm br. Flauschstoffe	130 cm br. Frotté
130 cm br. graue Fantasiestoffe	130 cm br. französische Kostümstoffe	130 cm br. vorneh. graue Kostümstoffe
140 cm br. blaugestreifte Cheviots	130 cm br. blaue Kammgarne	elegante graue, blaue Kammgarne
130 cm br. reinw. Kammgarne	130 cm br. prachtvolle Noppenstoffe	130 cm br. erstkl. franz. Noppenstoffe
Grosse Posten Noppenstoffe	140 cm br. Herrenstoffe f. Jackettkleider	130 cm br. ff. Aachener Tuche, alle Farb.
früherer Preis bis 4.50 per Meter.	früherer Preis bis 5.75 per Meter.	früherer Preis bis 6.50 per Meter.

Neu aufgenommen:

Crystall-Kronen

für elektr. Beleuchtung
in sehr grosser Auswahl
zu billigen Preisen.

Westfälische Porzellan u. Glas Niederlage
Wilhelm Köster,
Salzstr. 20. **Salzstr. 20.**

Waagen Gewichte, Maße

entsprechend den neuesten Eichvorschriften.
neueste Konstruktionen u. aller Systeme f. jeden Zweck.
Meßwerkzeuge jeder Art.
Th. Vogel Bogenstr. 17 Fernspr. 767
Eichfertige Instandsetzung von Waagen. Einziges Spezialgeschäft am Platze. r*

G. Hautkappe
Telephon 1528.

Modellhüte

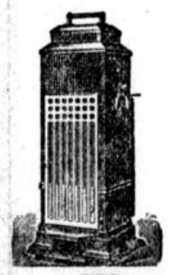
und Wiener Velour
in grosser Auswahl.



Moderne
Ulster
in allen Preislagen.

M. Leps

Fernruf 1206.
Roggenmarkt 7.



Dauerbrandöfen!

Juno — Küppersbusch
garantieren für
gesunde, gleichmässig erwärmte, staub- und geruchfreie Zimmerluft.
Genaue Regulierung und sparsamster Brand.
Hochelegante Saison-Neuheiten.

Kochherde

Küppersbusch - Senking.
Grosse Auswahl. — Billigste Preise.
Fachgemässe Aufstellung kostenlos.



F. Nillies,

Frauenstrasse 42.
Bei Baarzahlung **5** % Rabatt.

„Welt"
Bohnermasse
ohne Glätte
erzielt unstreitbar grössten Erfolg in allen den Kreisen, denen an besonders guter Erhaltung der Fussböden liegt.

Fabrik-Lager:
Ernst Theopold
Ludgeristraße 36.

Max Elb's
Echte Essig-Essenz

Praktische Hausfrauen, die ihre eingelegten Früchte unbedingt vor Verderben schützen und stets vorzüglichen, kristallklaren und gesunden Speise-Essig im Hause haben wollen, verwenden die seit 37 Jahren eingeführte, berühmte r*

Elb's Essig-Essenz.

Man verlange in untenstehenden Geschäften ausdrücklich die **echte** Elb's Essig-Essenz in Flacons für 10 Weinflaschen Essig und gratis unser neues

Kochbuch
„Saure Rezepte",

das Ergebnis eines öffentlichen Preisausschreibens.
Max Elb, G. m. b. H., Dresden.
In **Münster i. Westf.** erhältlich bei Apoth. **Ferd. Meyhöfener**, Schwanen-Drogerie, **L. Wittkampf**, Markt-Drogerie, **T. F. Hassenkamp, Wilh. Hoeter, Bern. Humborg, Max Hartz, Louis Scheltе, Franz Moll, Anton Künne, Anna Koene.**



Achtung!

Beim Einkauf von
Tapeten,
Linoleum, Wachstuchen
Türschoner
Kokos-Matten
gehen Sie nur in das altbekannte Spezialhaus von

Fr. Hundehege,

Spiekerhof 18 u. Bremerstr. 57.
Sie finden dort die grösste Auswahl und billige Preise.

Magazin-Genossenschaft vereinigt. Innungsmeister

e. G. m. b. H., **Münster i. W.**
Nur Alter-Steinweg 16. **Nur Alter-Steinweg 16**

Grösstes Möbelgeschäft am Platze.
Ausstellung in:
Esszimmern, Herrenzimmern,
Wohnzimmern,
Schlafzimmern, Küchen.
Ledermöbel, Gardinen, Teppiche und Dekorationen. r*

:: **Elegante Wohnungs-Einrichtungen.** ::
Herren-, Speise-, Schlafzimmer-, Salons, Teppiche. Clubsessel, einzelne Möbel etc. liefern wir in allen Stylarten innerhalb **Deutschland.**
Bequeme Teilzahlung
gestatten wir Beamten, Privatpersonen etc. gegen Zahlung von nur 5% Zinsen. Kataloge werden nicht versandt. Man verlange den kostenlosen Besuch unseres **Vertreters**, der sich z. Zt. in dortiger Gegend aufhält, zwecks Vorlegung unserer Zeichnungen etc. unter genauer Angabe der **Adresse.**
Berliner Industrie-Gesellschaft m. b. H.
Berlin SO., Köpenicker Str. 126. r*

In Dosen zu 10, 15 und 20 Pfg. Überall zu haben.

Globin
bester Schuhputz

Achtung!

Beim Einkauf von
Tapeten,
Linoleum, Wachstuchen
Türschoner
Kokos-Matten
gehen Sie nur in das altbekannte Spezialhaus von

Fr. Hundehege,

Spiekerhof 18 u. Bremerstr. 57.
Sie finden dort die grösste Auswahl und billige Preise.

Bücher-Zirkel: **Buchh. A. Greve,** Drubbel 5—6. r*

Brauchen Sie für den kommenden Winter einen Überzieher, Ulster oder Mantel?

Ich empfehle Ihnen in großer Auswahl hochfeine, kurze Zeit von Herrschaften getragene
Überzieher (neu und gebraucht) von **3—40 Mk.,**
Ulster von **7—35 Mk.,**
Beamtenmäntel von **15 Mk.** an,
Fuhrmannsmäntel von **8 Mk.** an,
Warme Lodenjoppen von **7 Mk.** an.
Ferner empfehle ich: **Lange Stiefel, Militärstiefel und Schuhe** in bekannter Güte, **Starke Arbeitsschuhe, Faust- und Fingerhandschuhe** und sonstige **Bekleidungsstücke.**
Bekannt billigst zu kaufen bei
Weinberg, Sonnenstraße 80.
Gegr. 1872.

Ausstellung

aller

Saison-Neuheiten

in

Damen-Konfektion

Backfisch-Konfektion
Kinder-Konfektion
Kleiderstoffen
für Herbst und Winter
1912–13



in

in sämtlichen Schaufenstern
ab Sonntag,
den 29. September.

Zwanglose Besichtigung meiner reichhaltig sortierten Läger ohne Kaufverpflichtung erbeten.

Friedr. Rawe.